

Zuwanderung seit den 1960ern in Deutschland: Türkische Arbeiter landen in Düsseldorf (von links oben nach rechts oben), der millionste Gastarbeiter, Armando Rodrigues aus Portugal, bekommt 1964 ein Motorrad geschenkt, ein namenloser Italiener trägt seinen Koffer 1960, koreanische Krankenschwestern 1966 bei der Ausbildung in Deutschland. Italiener reisen 1964 mit dem Sonderzug von Dortmund nach Neapel auf Heimaturlaub. MONTAGE KLOSE/FOTOS DPA

Im Sog des Bergbau-Booms

NRW. Die Industrialisierung formte die Städte an der Ruhr: Mit dem Aufstieg der Montanindustrie entwickelte sich das Ruhrgebiet ab Mitte des 19. Jahrhunderts zu einer Einwanderungsregion. Ein Überblick über die wichtigsten Migrationsströmungen.

Von Ilka Bärwald

Ohne Kohle kein Koks, ohne Koks kein Stahl, ohne Stahl keine Maschinen: Die Kohle war der Treibstoff der Industrialisierung in Deutschland. Um sie in großem Stil abzubauen, brauchten die Zechen Arbeiter. Der Satz des Schriftstellers Max Frisch „Wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Menschen“, passt auf keine Region so gut wie auf das Ruhrgebiet.

Um 1850 gab es schon 300 Zechen. Zwischen 1850 und 1870 stieg die Fördermenge von 1,96 Millionen Tonnen auf 11,57 Millionen Tonnen. Die Bergleute stammten zunächst aus dem Umland, aus dem Münsterland, dem Rheinland, Hessen und den Niederlanden. Auch Iren, Belgier und Franzosen folgten dem Ruf der Kohle – als Experten und Finanziers. In Castrop-Rauxel gründete zum Beispiel 1866 der Ire Thomas Mulvany die Zeche „Erin“.

Zwischen 1870 und 1873 kam erstmals eine größere Anzahl deutschsprachiger Arbeiter aus den Ostprovinzen Preußens ins Ruhrgebiet.

Ab 1880 folgten dann die polnischen Arbeiter aus der Provinz Posen und aus Teilen Ostpreußens. Sie wurden gezielt von den Unternehmen angeworben, darunter viele einfache Landarbeiter, aber auch gelernte Bergarbeiter aus Schlesien. Sie sprachen Polnisch, beteten katholisch, was zu ersten Integrationsproblemen führte. Als Reaktion wurden protestantische Masuren ins Revier gelockt. Insgesamt zog Ende des 19. Jahrhunderts schätzungsweise mindestens eine halbe Million Menschen aus Schlesien, Posen und Masuren ins Revier. Genaue Zahlen zu den „Ruhrpolen“ gibt es nicht, nur „gut begründete Schätzungen“, wie der Historiker Christoph Seidel, Geschäftsführer der Stiftung des Ruhrgebietes an der Ruhr-Universität in Bochum, sagt. Das liege daran, dass viele Zuwanderer nach einer Zeit wieder weggingen.

Nach dem Ersten Weltkrieg

(1914-1918) kehrten viele von ihnen in den inzwischen neu gegründeten Staat Polen zurück, einige wanderten jedoch auch nach Frankreich weiter, in die dortigen Bergbau- und Industriebezirke. Die, die hierblieben, passten sich immer weiter an, was



auch mit staatlichen und gesellschaftlichen Diskriminierungserfahrungen zusammenhing. Nicht wenige von ihnen wandelten ihren Nachnamen in eine deutsche Variante um.

Im Ersten Weltkrieg wurden auch Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene, darunter Russen, Polen, Franzosen, in der Montanindustrie eingesetzt. Diese kehrten anschließend wieder in ihre Heimat zurück. „Nach dem Ersten Weltkrieg war das Ruhrgebiet eher eine Abwanderungsregion“, sagt Christoph Seidel. In der Industrie wurde rationalisiert, die Weltwirtschaftskrise 1929 sorgte für eine Drosselung der Produktion.

Mit der nationalsozialistischen Wirtschafts- und Aufrüstungspolitik stieg die Kohleförderung in den 1930er-Jahren wieder an.

Im Zweiten Weltkrieg mussten die zum Krieg eingezogenen Bergleute ersetzt werden – Zehntausende polnische und sowjetische Zwangsarbeiter übernahmen die Arbeit.

Nach dem Zweiten Weltkrieg befeuerte die Kohle den wirtschaftlichen Aufschwung der jungen Bundesrepublik. Die Zwangsarbeiter

Kriegsgefangenen gingen in ihre Heimat, gleichzeitig strömten die Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und der DDR in die Bundesrepublik. Auch die deutschen Soldaten kehrten aus russischer Kriegsgefangenschaft zurück. Die Zahl der Bergbau-Beschäftigten verdoppelte sich in den zehn Jahren nach Kriegsende auf knapp 500.000.

Trotzdem fehlten Arbeitskräfte im Bergbau. Ältere Bergleute gingen in Rente, junge sahen sich nach alternativen Jobs um, wie beim Opel-Werk, das 1962 in Bochum eröffnete. 1955 schloss die Bundesrepublik das erste Anwerbeabkommen mit Italien für die sogenannten „Gastarbeiter“. Es folgten Spanien, Griechenland, Türkei, Marokko, Tunesien, Griechenland und Jugoslawien. Insgesamt

wuchs die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer in Deutschland auf 2,6 Millionen im Jahr 1973. Italiener, Spanier und Griechen waren zunächst am stärksten vertreten, später stieg der Anteil an türkischen und jugoslawischen Staatsangehörigen an.

Abkommen mit Südkorea

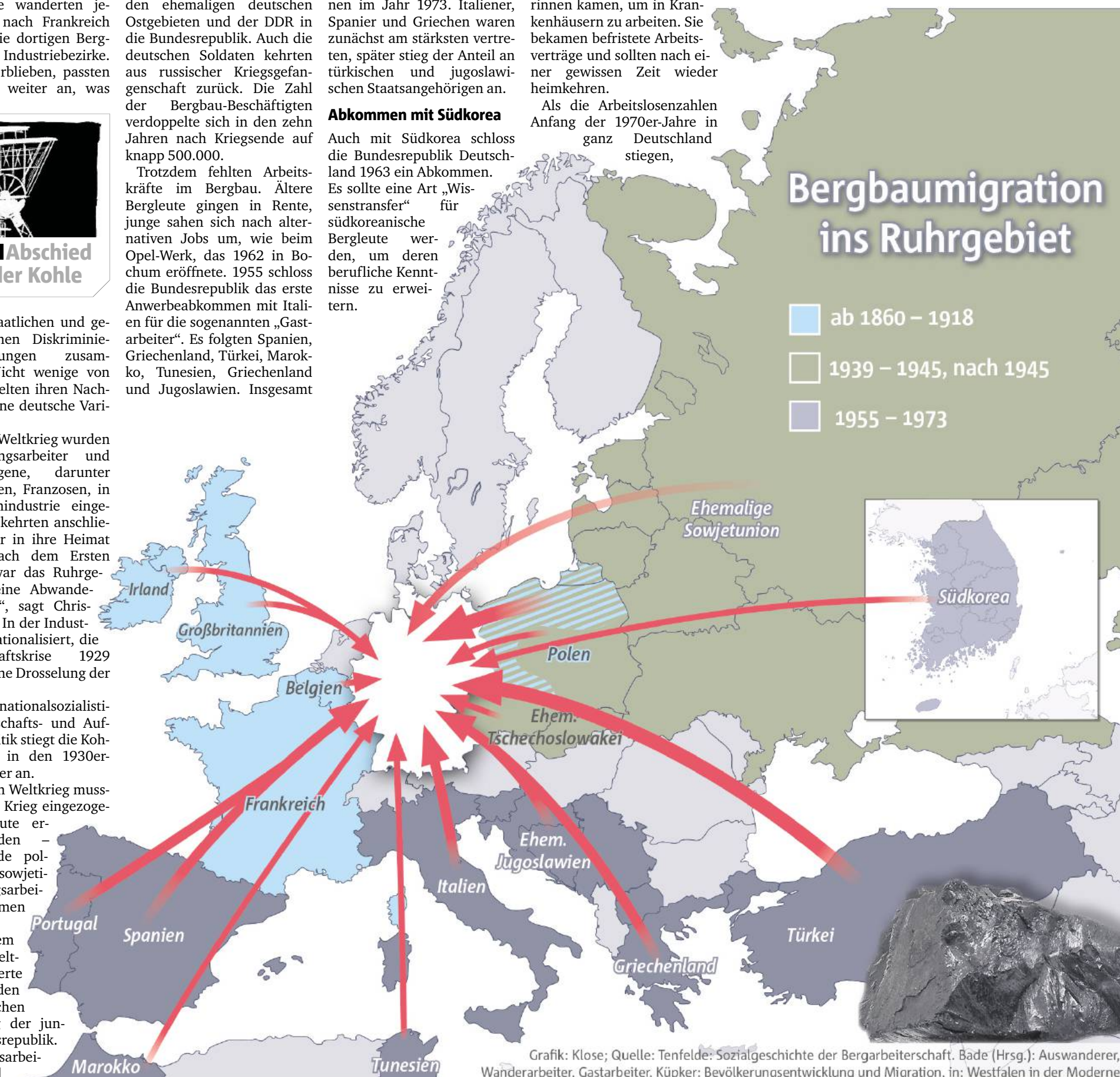
Auch mit Südkorea schloss die Bundesrepublik Deutschland 1963 ein Abkommen. Es sollte eine Art „Wissenstransfer“ für südkoreanische Bergleute werden, um deren berufliche Kenntnisse zu erweitern.

Bis 1977 wanderten etwa 8000 koreanische Gastarbeiter ein, etwa 10.000 Koreanerinnen kamen, um in Krankenhäusern zu arbeiten. Sie bekamen befristete Arbeitsverträge und sollten nach einer gewissen Zeit wieder heimkehren.

Als die Arbeitslosenzahlen Anfang der 1970er-Jahre in ganz Deutschland stiegen,

wurde auch der Zuzug ausländischer Arbeitskräfte gestoppt. 1973 endete die Arbeitsmigration

Deutschland mit dem Anwerbestopp – zumindest offiziell.



Grafik: Klose; Quelle: Tenfelde: Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft. Bade (Hrsg.): Auswanderer, Wanderarbeiter, Gastarbeiter. Küpker: Bevölkerungsentwicklung und Migration, in: Westfalen in der Moderne